

28.05.2021

Radikalisierung als Programm

Die AfD vor den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

Am 23. März 2021 hat die AfD Sachsen-Anhalt unter dem Titel „Alles für unsere Heimat!“ ihr Programm zur Landtagswahl am 6. Juni vorgelegt. Auf 62 Seiten entfaltet es eine politische Agenda, die den Prozess der Radikalisierung der Partei in Rhetorik und Inhalt deutlich widerspiegelt. Mit dieser Ausgabe von miteinanderaktuell wollen wir anhand ausgewählter Themen und Politikfelder des Wahlprogramms Inhalte, Ziele und Leitbilder der AfD in Sachsen-Anhalt analysieren.

Die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt

Im Jahr 2016 zog die AfD mit 24,3 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein. Seitdem hat sie einen Prozess der Radikalisierung durchlaufen. Aus dem ursprünglich eurokritischen Gründungsimpuls der Partei 2013 ist insbesondere in Ostdeutschland eine völkisch-nationalistische Partei hervorgegangen, die als rechte Sammlungsbewegung fungiert.

Der Landesverband Sachsen-Anhalt hatte am Prozess dieser Rechtsverschiebung der AfD einen maßgeblichen Anteil. Dieser vollzog sich über die vom damaligen Landespartei- und Fraktionsvorsitzenden André Poggenburg betriebene Anbindung an rechtsextreme Netzwerke – bestehend aus Burschenschaften, dem neurechten „Institut für Staatspolitik“ und der Kampagnenagentur „Ein-Prozent“. Die AfD-Landtagsfraktion beschäftigte zudem nachweislich Personen, die im Milieu des organisierten Rechtsextremismus sozialisiert wurden und diesem weltanschaulich nahe stehen.

Die parlamentarische Arbeit der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt war in der zu Ende gehenden Legislaturperiode von politischen Provokationen und Tabubrüchen mit rechtsextremen und rassistischen Inhalten geprägt. Erkennbar ging es der Partei dabei vor allem darum, die Grenzen des Sagbaren in Bezug auf Recht, Verfassung und Menschenwürde auszutesten und deutlich nach Rechtsaußen zu erweitern. Die Fraktion übte sich darin, die konkurrierenden Parteien moralisch und politisch zu delegitimieren, ihre Vertreter*innen herabzusetzen und das Parlament als Institution verächtlich zu machen. In ihren Anträgen und Anfragen im Parlament zielte die AfD darauf ab, gesellschaftliche Minderheiten zu stigmatisieren, ihr politisch missliebige Akteur*innen dem Extremismusverdacht auszusetzen sowie Organisationen

und Initiativen, die von der Partei als Feinde markiert werden, zu diskreditieren.

Heute gehört die AfD Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den Landesverbänden Thüringen, Brandenburg und Sachsen zum Kern des offen rechtsextrem auftretenden Teils der AfD, auch wenn sie sich selbst in einem „national-konservativen“ bzw. „bürgerlichen“ Milieu verortet. Der Schulterchluss mit PEGIDA, das gemeinsame Auftreten mit der „Querdenker-Bewegung“ und die zahlreichen Kontakte in das Milieu des organisierten Rechtsextremismus verdeutlichen den Wandel der AfD zu einem politischen Akteur, der für seine rechtsextremen Ziele die parlamentarische Arbeit mit außerparlamentarischen Aktivitäten verknüpft.

In allen Politikfeldern vertritt die AfD inzwischen Positionen, die sich gegen gesellschaftliche Vielfalt und die liberale Demokratie wenden. Die Partei verfolgt erkennbar das Ziel einer autoritär-nationalistischen Formierung von Gesellschaft und Staat entlang der Frage von Herkunft und Abstammung der Menschen. Sie favorisiert eine deutsch-nationale Dominanzkultur, die in allen Bereichen der Gesellschaft gelten soll. Minderheiten finden sich in der Programmatik der AfD auf einen Status politischer Duldung reduziert und sollen ihrer Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe und ihrer Grundrechte beschnitten werden.

Die AfD wird in ihrer Programmatik und in ihrer Politik wesentlich von einer völkischen Sicht auf Gesellschaft geleitet, die sich an den kulturellen Leitbildern und der Rhetorik des wilhelminischen Nationalismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts orientiert. Die positive Bezugnahme von Mandatsträger*innen der AfD auf die politische Kultur des deutschen Kaiserreiches über Gedenktage (Reichgründung 18. Januar 1871) und Perso-

nen (Otto von Bismarck, Paul von Hindenburg) zeigt, dass in der Partei vor allem jene Stimmen Gewicht haben, die einen anti-modernen und illiberalen Wertekanon vertreten.

Kulturpessimismus und Alleinvertretungsanspruch

„Einzig und allein wir, die AfD in Sachsen-Anhalt, sind bereit, mit der grundfalschen Politik gegen das eigene Volk auch grundsätzlich zu brechen.“¹

Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt ist von einer kulturpessimistischen Rhetorik geprägt und zeichnet die gegenwärtige Situation in Sachsen-Anhalt in düsteren Farben. In allen gesellschaftlichen Bereichen erkennt die Partei Zeichen eines geistig-kulturellen Verfalls, verursacht durch eine grundsätzlich und absichtsvoll verfehlte Politik der sogenannten Altparteien und einen angeblich alles dominierenden linksliberalen Zeitgeist. Damit würden die Grundlagen des Zusammenlebens im Land zerstört.

Vor diesem Hintergrund präsentiert sich die Partei als alleinige Streiterin für die Interessen der Einwohner*innen des Landes. Die AfD leitet daraus einen politischen Alleinvertretungsanspruch bis hin zur Eigenidentifikation mit dem „Volk“ ab. Der eigenen Partei als „normale Bürger mit gesunden Ansichten“ werden die ideologisch motivierten „Altparteien“ gegenübergestellt: „Wenn die Regierung jeden Bürger, der grundsätzliche Kritik übt, als ‚Rechtsextremisten‘ oder ‚Verschwörungstheoretiker‘ diffamiert und linke Programme fördert, die nichts anderes tun, als Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu führen, dann hält die AfD als einzige politische Kraft dagegen.“² Die Botschaft lautet: Allein die AfD habe den politischen Mut, die Missstände im Land im Interesse der Bevölkerung wahrheitsgemäß zu benennen. Sie allein verfüge über Ideen und Konzepte, um diesen von ihr beklagten Zustand zu ändern. Alle anderen Parteien betrieben eine Politik „gegen das eigene Volk“.

Corona-Verharmlosung als Thema Nummer 1

„Was eingedämmt werden muss, ist nicht die Ausbreitung des Corona-Virus, sondern die Panikmache und der Eindämmungswahnsinn der Regierung!“³

Bereits seit dem Frühsommer 2020 agiert die AfD – analog zu den Aktivitäten der „Querdenker-Bewegung“ – sowohl im Landtag als auch mit Kundgebungen auf der Straße gegen die Eindämmungsmaßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie. Dies schlägt sich auch im Programm zur Landtagswahl nieder. Die Partei wirft Landes- und Bundesregierung vor, „den Ernst der Lage und die von dem Virus ausgehenden Gefahren“⁴ zu übertreiben und unbegründet Ängste zu schüren. Dementsprechend fordert die AfD, alle Corona-Maßnahmen des Landes außer Kraft und allein auf individuelle Verhaltensmaßnahmen zu setzen.

Mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Eindämmungsmaßnahmen hat die Partei jene im Blick, die durch die Corona-Krise ökonomisch in existentielle Not geraten sind, die Dauer und Intensität der Grundrechtseinschränkungen für unverhältnismäßig ansehen oder die die Pandemie leugnen. So hofft die AfD von der Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung mit der Pandemie-Bewältigung zu profitieren. Zugleich spiegelt die Partei mit ihrer Positionierung in der Corona-Krise ihre Annäherung an die „Querdenker-Bewegung“ und Verschwörungsgläubige wider.

Familienpolitik als völkische Bevölkerungspolitik

„Wir werden das schleichende Aussterben der deutschen Bevölkerung nicht länger als ‚demographischen Wandel‘ beschönigen [...]“⁵

Die Familienpolitik gehört zu den Kernthemen der AfD. Die Partei lässt sich dabei weltanschaulich von einer bevölkerungspolitischen Sichtweise leiten, welche der weißen, ethnisch-deutschen Familie die zentrale Rolle in einem organischen Verständnis von Volk, Nation und Staat zuweist. Die Familie wird zuvorderst als Ort der Reproduktion von Volk und Nation gesehen. Dieser Fokus prägt die Positionierung der AfD in der Familien-, Geschlechter- sowie Kinder- und Jugendpolitik.

Dementsprechend fordert die AfD eine „Willkommenskultur für unsere Kinder“⁶, stellt diese jedoch in einen völkischen Kontext. So soll sich die Förderung von Kindern und Familien auf Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft konzentrieren. Mit Blick auf Migrant*innen und Geflüchtete hingegen spricht die Partei von einer „Willkommenspropaganda“⁷, die es zu beenden gelte. Das geforderte „Baby-Willkommensgeld“⁸ etwa soll nur an Familien gezahlt werden, bei denen mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsbürgerschaft innehat.

Zudem orientieren sich die familienpolitischen Eckpunkte des Wahlprogramms an einer rechtskonservativen und antiemanzipatorischen Agenda. „Familienbeauftragte“ sollen allerorten die Gleichstellungsbeauftragten ersetzen, und die „gepflegte Gleichstellungspolitik“ soll als „systematische Privilegierung von Frauen“⁹ beendet werden. Auch in der Wirtschaftspolitik zeigt sich der Kampf gegen die Förderung von Gleichstellung in Form verbindlicher Frauenquoten: „Wir unterstützen die Unternehmen des Landes bei ihrem Widerstand gegen obligatorische Frauenquoten z.B. in Aufsichtsräten.“¹⁰

Geschlechterpolitischer Rollback

„Linke Agitation gegen Familien und politische Beeinflussung beenden!“¹¹

Wie in ihrer parlamentarischen Praxis lehnt die AfD auch in ihrem Wahlprogramm jeden Ansatz zur Gleichstellung sowie zum Schutz von sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten ab, die nicht den traditionellen Ge-

schlechter- und Familienbildern entsprechen. Rhetorisch greift die Partei dabei auf anti-emanzipatorische Versatzstücke aus dem Sprachgebrauch des Nationalsozialismus und des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit zurück: *„Der linke Zeitgeist zersetzt mehr und mehr das tradierte Leitbild von Familien [...]“*⁹² Es soll der Eindruck entstehen, dass eine gendersensible und Diversität fördernde Politik das Ziel verfolge, heteronormative Lebensentwürfe zu delegitimieren und die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu zerstören. Dementsprechend strebt die AfD auch das Ende aller Maßnahmen an, die eine Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen zur Akzeptanz von Vielfalt zum Ziel haben: *„Deshalb werden wir alle staatlichen Kampagnen und Programme einstellen, die eine frühsexualisierte Vereinnahmung von Kindern zum Ziel haben.“*⁹³

Abschreckung als Leitidee in der Asyl- und Flüchtlingspolitik

„Deshalb fordert die AfD die Beendigung linksliberaler Willkommenspropaganda [für Asylbewerber und Flüchtlinge].“¹⁴

Flucht und Asyl sind nach wie vor Kernthemen der AfD und nehmen eine zentrale Rolle in ihrer strategischen Kommunikation ein. Mit ihnen erzielte die Partei ab 2015/16 sowohl ihre flächendeckenden Wahl- als auch ihre Mobilisierungserfolge gegen Geflüchtete und Asylbewerber*innen auf der Straße.

Daher formuliert auch das aktuelle Wahlprogramm der Partei für Sachsen-Anhalt Forderungen nach einer radikalen Einschränkung von Asyl und Zuwanderung. Dies schlägt sich auch im Sprachgebrauch wider. So verwenden die Verfasser*innen fast durchgehend für Asylbewerber*innen den Begriff „Asylforderer“⁹⁵. Diese Rhetorik soll Menschen auf der Suche nach einem sicheren Ort stigmatisieren und abwerten. Suggestiert wird, dass Geflüchtete und Asylbewerber*innen ohne jede rechtliche Grundlage einen Aufenthaltsstatus in Deutschland beanspruchten.

Die Vorgehensweise, bewusst politische Begriffe zu setzen und in die Debatte einzuspeisen, ist in der Geschichte der Wahlkampfführung extrem rechter Parteien nicht neu. NPD, DVU und „Republikaner“ stigmatisierten in den vergangenen Jahrzehnten Asylbewerber*innen mit rassistischen Zuschreibungen, in dem sie Begriffe wie „Asyltourist“ oder „Asylbetrug“ prägten, die mit negativen und rassistischen Bild- und Sprachmustern aufgeladen wurden. Auch die AfD versucht, mit der Prägung des Begriffs „Asylforderer“ die politische Debatte über Asyl und Zuwanderung im Sinne einer neurechten Diskurstrategie zu beeinflussen. Hierzu gehört auch die – durch keine Fakten gedeckte – Behauptung, Asylbewerber*innen und Zugewanderte würden umfassende Sozialleistungen in Anspruch nehmen können.

Vor dem Hintergrund solch negativer Beschreibungen formuliert die AfD in ihrem Wahlprogramm einen restriktiven – auf Abschreckung und Segregation zielenden – Forderungskatalog. Hierzu gehören die ausschließlich zentrale Unterbringung von Asylbewerber*innen abseits der „einheimischen Bevölkerung“ sowie eine rigorose Begrenzung der ohnehin minimalen Sozial- und Gesundheitsversorgung. Maßnahmen zur Förderung von Integration und gesellschaftlicher Teilhabe werden als unerwünschte Anreize für eine Zuwanderung nach Deutschland abgelehnt.

Diese restriktive Programmatik spiegelt sich auch in der Kinder- und Jugendpolitik wider. Minderjährige Geflüchtete sollen nach dem Willen der AfD in gesonderten Klassen getrennt von anderen Schüler*innen unterrichtet werden. Lehrplan und Lehrinhalte sollen sich dabei an den Inhalten der Heimatländer orientieren sowie Lehrkräfte vornehmlich aus den Reihen der Asylbewerber*innen rekrutiert werden. Damit wäre das Prinzip der Bildungsteilhabe für Geflüchtete ausgehebelt.

Restriktive Einbürgerungspolitik

„Die AfD wird sich nicht damit abfinden, dass deutsche Pässe in Sachsen-Anhalt wie Ramschware feilgeboten werden.“¹⁶

Wie in der Asylpolitik zielen die migrationspolitischen Forderungen der AfD auf Einschränkung und Abschreckung. Die Partei polemisiert auch hier – ähnlich wie die Verschwörungserzählungen vom „großen Austausch“ – gegen die Förderung von Integration und Teilhabe. Sie erweckt dabei den falschen Eindruck, deutscher Pass und deutsche Staatsbürgerschaft seien durch alleinige Willensbekundung zu erlangen. Hieraus resultiert die Forderung der AfD, Anträge auf Einbürgerung „maximal restriktiv“⁹⁷ zu prüfen.

Politische Bildung als deutschnationales Programm

„Die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer linken Indoktrinationsanstalt entwickelt.“¹⁸

Die bildungspolitischen Forderungen der AfD orientieren sich an klassisch konservativen Positionen. Jedoch verfügen sie in ihrer Ablehnung von Ansätzen zur Förderung von Diversität in einer offenen Gesellschaft über eine hohe Anschlussfähigkeit zu rechtsextremen Diskursen. Hier wird insbesondere die Landeszentrale für politische Bildung mit ihren Angeboten ins Visier genommen und als „Indoktrinationsanstalt“ diffamiert. Wie bereits in ihrer parlamentarischen Praxis stellt die AfD die Arbeit der Landeszentrale (und ähnlicher Institutionen) unter Linksextremismusverdacht: Sie stehe *„[...] wie die Spinne in einem Netz linker bis linksextremer Institutionen“, beteilige sich „an der Verunglimpfung konservativer Einstellungen und Werte“* und diskreditiere *„legitime patriotische Positionen“*⁹⁹.

Nach den Vorstellungen der AfD soll die Landeszentrale für politische Bildung in ihrer gegenwärtigen Form aufgelöst werden und an ihre Stelle ein „Landesinstitut für staatspolitische Bildung und kulturelle Identität“²⁰ treten. Der Name für diese Neugründung der Landeszentrale dürfte nicht zufällig dem in Sachsen-Anhalt ansässigen neurechten „Institut für Staatspolitik“ entlehnt sein, das mit seinen Veranstaltungen und Publikationen seit Jahren der AfD ideologisches Rüstzeug für ihre strategische politische Ausrichtung zuarbeitet, und wesentlich den Rechtskurs der Partei seit 2013 in Sachsen-Anhalt beförderte. Eine derartige politische Um-Etikettierung der Landeszentrale würde diese in ein parteipolitisches und ideologisches Instrument nationalistischer politischer Bildung im Sinne der AfD verwandeln. Eine solche Institution hätte dann tatsächlich eine eindeutige ideologische Schlagseite.

Identitäre Kulturpolitik

„Deshalb will die AfD mit Staats- und Steuergeld nur noch solche Kunst fördern, die ihrer eigenen deutschen Kultur grundsätzlich bejahend gegenübersteht.“²¹

In ihrem Wahlprogramm vertritt die AfD ein identitäres, national aufgeladenes Verständnis von Kunst und Kultur. „Die vornehmste Aufgabe aller Kunst [bestünde] darin, kulturelle Identität zu pflegen.“²² Kunst und Kultur sehen sich hier auf die gesellschaftliche Funktion reduziert, Identität im Sinne eines deutsch-nationalen Kulturverständnisses zu stiften. Aspekte eines interkulturellen Perspektivwechsels oder die Idee von Kultur als Ausdruck und Gestaltung gesellschaftlicher Konfliktlinien sowie offener – in ihrem Ergebnis nicht festgelegter – Selbstverständigung einer Gesellschaft kommen in einer solchen identitären Konzeption nicht vor. Dieses Verständnis von Kunst und Kultur als Instrument nationaler Sinngebung folgt der Vorstellung der AfD, wonach alles (politische) Gestalten der Nation zu dienen habe. Auf diese Weise sind Kunst und Kultur einem ideologischen Primat unterworfen sowie in Inhalt und Form auf eine nationale Engführung festgelegt.

Welchen Kriterien eine Kunst, die „ihrer eigenen deutschen Kultur grundsätzlich bejahend gegenübersteht“²³ genau entsprechen soll, wird von der Partei nicht konkretisiert. Aus den kulturpolitischen Stellungnahmen der AfD im sachsen-anhaltischen Landtag geht jedoch hervor, dass die Partei

einen kulturellen Kanon vertritt, in dessen Mittelpunkt eine deutsche Nationalkultur in der Prägung des Zeitalters der Nationenbildung steht. Somit wären Aspekte der kulturellen Moderne sowie transkulturelle Einflüsse und ihre Repräsentation aus Sicht der AfD unerwünscht. Kulturelle Projekte und Initiativen, die nicht diesem national gefassten Verständnis von Kultur entsprechen, wären nach dem Willen der AfD künftig von der staatlichen Förderung ausgeschlossen.

Fazit

Die AfD Sachsen-Anhalt hat zur Landtagswahl 2021 ein Programm vorgelegt, das inhaltlich die Radikalisierung der Partei widerspiegelt und bestätigt. Dessen Sprache und Inhalt verstehen den politischen Gegner als Feind und diffamieren ihn. Das Programm skizziert eine illiberale Gesellschaftspolitik und trifft diskriminierende Aussagen über Minderheiten. Es ist Ausdruck eines identitären Gesellschafts-, Kultur- und Nationenverständnisses ohne Raum für weltanschauliche, lebensweltliche und kulturelle Diversität. Die AfD Sachsen-Anhalt hat sich ein Wahlprogramm gegeben, das sich an der ideologischen Agenda des offiziell für aufgelöst erklärten „Flügels“ orientiert. Damit positioniert sich der AfD-Landesverband politisch deutlich in der extremen Rechten und wird wohl auch in den kommenden Jahren als ihr parlamentarischer Arm agieren.

Anmerkungen

- | | | |
|----|---|----------------|
| 1 | Alles für unsere Heimat! Programm der AfD-Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2021, Vierte, auf dem Kreisspitzenreffen am 23.3. bestätigte Fassung, S. 2. | 11 Ebd. S.11. |
| 2 | Vgl. ebd. S. 2. | 12 Ebd. S. 11. |
| 3 | Ebd. S. 4. | 13 Ebd. S.12. |
| 4 | Ebd. S. 5. | 14 Ebd. S. 19. |
| 5 | Ebd. S. 9. | 15 Ebd. S. 16. |
| 6 | Ebd. S. 9. | 16 Ebd. S. 19. |
| 7 | Ebd. S. 18. | 17 Ebd. S. 19. |
| 8 | Ebd. S. 14. | 18 Ebd. S. 25. |
| 9 | Ebd. S. 27. | 19 Ebd. S. 26. |
| 10 | Ebd. S. 50 ff. | 20 Ebd. S. 26. |
| | | 21 Ebd. S. 25. |
| | | 22 Ebd. S. 25. |
| | | 23 Ebd. S. 25. |

#bestaendigfuerdemokratie

miteinander **aktuell** informiert in kompakter Form über rechtsextreme Ereignislagen oder aktuelle Debatten im Themenfeld.

Herausgeber: Miteinander e. V. | V. i. S. d. P.: Pascal Begrich
Erich-Weinert-Str. 30 | 39104 Magdeburg | www.miteinander-ev.de



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.